

### **Journalistenverfolgung**

Die Fraktionen der CVP und der LRP haben den Entwurf eines Antrags in den Deutschen Bundestag eingebracht, mit dem sie die Bundesregierung auffordern möchten, sich in Europa und weltweit für die Pressefreiheit und gegen die Verfolgung von Journalisten einzusetzen. Auf diese Weise soll der Bundestag seine Besorgnis über die verbreitete Missachtung und Einschränkung der Pressefreiheit zum Ausdruck bringen und der Bundesregierung parlamentarischen Rückhalt für einen verstärkten diplomatischen Einsatz geben.

Die Abgeordneten beraten in ihren Fraktionen, in Ausschüssen und im Plenum über den Antragsentwurf und mögliche Veränderungen, bevor sie im Plenum abstimmen. Sie thematisieren Chancen und Probleme und versuchen, ihre Interessen durchzusetzen.

### **Hintergrund**

In vielen Ländern der Welt setzen Journalisten ihr Leben aufs Spiel, wenn sie unabhängig und kritisch Bericht erstatten. Viele müssen mit Morddrohungen leben. Im Jahr 2010 wurden laut "Reporter ohne Grenzen" 57 Journalisten ermordet sowie 147 Journalisten und 115 Internet-Aktivisten inhaftiert.

Sehr bewusst wurde der Öffentlichkeit die Gefahr für unabhängige Journalisten jüngst im Rahmen der Proteste in den arabischen Staaten, bei denen mehrere in- und ausländische Journalisten in ihrer Arbeit behindert, verhaftet, verletzt und getötet wurden. Darüber hinaus wurden in den vergangenen Jahren insbesondere Fälle von Journalistenverfolgung in Russland, in China und im Iran diskutiert. So sorgte der bis heute ungeklärte Tod der russischen Reporterin und Menschenrechtsaktivistin Anna Politkowskaja für weltweites Entsetzen. Das Fernsehen in Russland ist unter Kontrolle der Regierung. Auch die Presse hat es schwer, unabhängig Bericht zu erstatten, insbesondere aus Tschetschenien und dem weiteren Nordkaukasus. In China sind Rundfunk, Presse und auch das Internet immer wieder der Zensur unterworfen. Bekannt wurde insbesondere Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo, den die chinesische Führung für das Verfassen und Verbreiten der Forderungen nach politischen Reformen und Demokratisierung in der „Charta 08“ inhaftierte. Im Iran geht der Staat seit den letzten Wahlen und den folgenden Unruhen noch stärker gegen Journalisten vor. Mehr als 30 Journalisten sitzen in iranischen Gefängnissen. In Deutschland galt die Sorge dabei insbesondere zwei deutschen Reportern, die im Oktober 2010 im Iran inhaftiert und bis Februar 2011 festgehalten wurden.

Fälle von Journalistenverfolgung werden im Rahmen der Vereinten Nationen zwar immer wieder im Rahmen der Berichte über die Menschenrechtssituation angesprochen. Doch gibt es bislang kein Gremium, das sich gezielt um die Wahrung der Pressefreiheit kümmert.

Nicht mit den genannten Fällen aus Iran, Russland und China vergleichbar, aber dennoch sehr wichtig in der Diskussion ist die Situation der Journalisten im EU-Mitgliedstaat Ungarn. Im europäischen Rahmen gab es große Empörung über das neue ungarische Mediengesetz, das als Instrument der Zensur benutzt werden könne. Ungarn hat inzwischen eine Korrektur seines Mediengesetzes versprochen, die jedoch zahlreichen politischen Akteuren nicht weit genug geht. Sie fordern einen Mechanismus in der EU, der bei möglichen zukünftigen Fällen dieser Art ein wirksames Vorgehen ermöglicht.

Der Umgang mit den Medien wird oft als Barometer für die demokratischen Grundfreiheiten gesehen, die ein Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern gewährt. Ohne freie Medien kann die Bevölkerung keine unabhängigen Informationen über das Handeln der Regierung erhalten und die Regierung für ihr Handeln oder Unterlassen nicht zur Verantwortung ziehen.

Daher stellt sich die Frage, wie Deutschland auf andere Staaten Einfluss nehmen kann, um die Pressefreiheit weltweit zu stärken.

**Entwurf eines Antrages zum weltweiten Eintreten  
für Pressefreiheit und gegen Journalistenverfolgung****I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Eine freiheitliche und demokratische Gesellschaftsordnung ist nicht vorstellbar ohne freie Presse. Jede staatliche Macht braucht Kontrolle, zum einen durch Parlamente, zum anderen aber auch durch eine kritische Öffentlichkeit. Ohne kritische Öffentlichkeit können auch Parlamente ihrer Aufgabe nicht gerecht werden.

Mit Freude und Genugtuung nimmt der Deutsche Bundestag zur Kenntnis, dass die freiheitliche Demokratie in den letzten Jahren in mehreren Erdteilen einen Siegeszug antreten konnte und dass in diesem Rahmen auch der Pressefreiheit zunehmend zur Geltung verholfen wurde.

Gleichzeitig jedoch ist der Deutsche Bundestag beunruhigt darüber, dass die Pressefreiheit in vielen Staaten der Welt entweder nicht gegeben oder aber gefährdet ist. In nicht wenigen Staaten, darunter aufstrebenden Weltmächten, schränken herrschende Eliten den Handlungsspielraum von Journalisten aus Angst vor Kritik ein. Demgegenüber zeigt die Erfahrung in demokratischen Staaten, dass ein konstruktiver Umgang mit kritischen Stimmen hilft, Fehlentwicklungen zu erkennen und zu benennen, um sie so auch beheben zu können.

**II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:**

1. Unablässig alle Möglichkeiten zu nutzen, um im In- und Ausland für eine freie Presse und damit gegen jede Form der Journalistenverfolgung einzutreten;
2. In bilateralen Gesprächen mit den Regierungen einen nachhaltigen Dialog darüber zu führen, wie die Situation der Journalisten verbessert werden kann;
3. Im Rahmen der Europäischen Union alles zu unternehmen, um die freie Entfaltung der Presse zu gewährleisten und anzuregen, dass die Mitgliedstaaten gemeinsam einen Standard für unabhängige Medienarbeit entwickeln;
4. Im Rahmen der Vereinten Nationen auf die Einrichtung der Institution eines Hohen Kommissars für Pressefreiheit (UNHCFP) hinzuwirken. Der Hohe Kommissar soll vom Generalsekretär der Vereinten Nationen ernannt werden und nach Bestätigung durch die Generalversammlung diesem unterstellt sein. Er soll der Generalversammlung der UN jährlich Bericht über die Entwicklung der Pressefreiheit in allen Staaten der Welt erstatten und Vorschläge unterbreiten, wie gegen aktuelle Verstöße vorzugehen ist. Er soll sich zudem in bi- und multilateralen Gesprächen, Organisationen und Foren mit Vertretern staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure für die weltweite Anerkennung und Einhaltung der Pressefreiheit einsetzen.

**Die ÖSP sieht in der Pressefreiheit eine unabdingbare Voraussetzung und einen Gradmesser für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft. Deutschland muss sich deshalb nach Ansicht der ÖSP unmissverständlich positionieren, wenn in einem Staat die freie Berichterstattung der Medien missachtet wird.**

**Die ÖSP befürwortet daher einen Antrag an die Bundesregierung, sich international für die Pressefreiheit einzusetzen. Doch gehen ihr die Formulierungen längst nicht weit genug.** Während in dem Entwurf von CVP und LRP Probleme nur sehr allgemein angesprochen werden, möchte die ÖSP **die Staaten, in denen die Pressefreiheit bedroht ist, klar benennen.** Im Rahmen der EU geht es dabei vor allem um **Ungarn.** Weltweit macht sich die ÖSP insbesondere Sorgen um Staaten wie **China, Iran und Russland.**

Zum allgemeinen außenpolitischen Handeln (Satz 1 und 2) argumentiert die ÖSP:

- Wir dürfen uns heute **nicht mehr hinter der Idee der souveränen Nationalstaaten verschanzen.** Spätestens die Diktaturen des 20. Jahrhunderts haben gezeigt, dass die internationale Gemeinschaft sich für die Wahrung der grundlegenden Menschenrechte einsetzen muss.
- Wirksame Außenpolitik darf sich nicht hinter diplomatischen Floskeln verbergen. **Verstöße in bestimmten Staaten** muss die Bundesregierung **zwar konkret und differenziert, aber dennoch deutlich beim Namen nennen.**
- Das Gebot zum Eintreten für die Pressefreiheit muss dabei **gleichermaßen gegenüber allen Staaten** gelten. **Nur wenn Kritik** über die Zeit und über verschiedene Staaten hinweg **konsequent erfolgt, kann sie Glaubwürdigkeit erlangen.**

Zur Strategie innerhalb der Europäischen Union (Satz 3) fordert die ÖSP:

- Grund- und Menschenrechte wie die Pressefreiheit sind der Kern des europäischen Projekts. **Wenn wir diese nicht innerhalb der Europäischen Union konsequent schützen, verlieren wir unsere Glaubwürdigkeit gegenüber Diktaturen.**
- **Die Europäische Union ist für uns kein Ausland mehr,** weil die Mitgliedstaaten sich auf eine gemeinsame Rechts- und Wertebasis verpflichtet haben. Politik gegenüber einem EU-Mitgliedstaat ist daher keine klassische Außenpolitik. Deshalb liegt Verantwortung für den Schutz der gemeinsamen europäischen Werte innerhalb eines anderen EU-Mitgliedstaates auch bei Deutschland. **Die deutsche Bundesregierung ist deshalb verpflichtet, Ungarn gegenüber klar Position zu beziehen und diese Position auch in der ungarischen Bevölkerung verständlich zu machen.**
- Die Bundesregierung muss zudem darauf hinwirken, dass **in der EU ein Mechanismus** geschaffen wird, **der den Mitgliedstaaten verbindlich vorschreibt, die Pressefreiheit zu wahren** und bei Zuwiderhandlung Sanktionen vorsieht.

Zum Vorgehen im Rahmen der UNO (Satz 4) befindet die ÖSP:

- **Anstelle des Hohen Kommissars für Pressefreiheit** sollte ein **UN-Rat für Pressefreiheit** eingeführt werden. Die Mitglieder sollen von der Generalversammlung gewählt werden und somit eine direktere Legitimation tragen. Dem Rat sollen **Experten mit bestimmten Länderzuständigkeiten** angehören. Ein solcher Rat kann **mit differenzierter und vielfältiger Kompetenz** effektiver handeln als ein Hochkommissar.